

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Frau Bürgermeisterin,
meine Damen und Herren,

der Haushalt für 2011 wurde im Dezember von der Bürgermeisterin eingebracht und in den Ausschüssen beraten. Die Zahlen kennen Sie, deshalb will ich auch nur auf wenige in meiner Rede eingehen.

Die kommunalen Finanzen stehen nicht zum Besten, nicht nur in Hattersheim. Wenn wir heute über den Haushalt 2011 entscheiden, sollten wir berücksichtigen, dass nur noch wenige Kommunen in der Lage sind einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth, hat ihr neues Buch mit: „Der Aufstand der Städte“ betitelt.

In der Vorankündigung des Verlags ist von ausblutenden Städten, drastischen Sparmaßnahmen, geschlossenen Theatern und eingestellten Buslinien die Rede.

Landauf, landab, fordern Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die notwendigen finanziellen Mittel ein, damit Städte und Kommunen die ihnen übertragenen Aufgaben erfüllen können. - Eindeutig hat dies die Demonstration der Bürgermeister im November letzten Jahres in Wiesbaden vor dem Hessischen Landtag gezeigt.

Alle wollen den Gürtel enger schnallen, aber jeder fummelt am Gürtel des Nachbarn herum, sprach der ehemalige Minister Norbert Blüm.

So ist im Erläuterungsbericht zum Haushaltssicherkonzept nachzulesen:

„Durch die Beschlüsse des hessischen Landtags bzw. des Kreistages werden in 2011 folgende neue Belastungen entstehen:

Weniger Einnahmen bei der Schlüsselzuweisung durch Entzug von 360 Mio. € aus der Finanzausgleichsmasse. Das bedeutet für Hattersheim eine zusätzliche Belastung von rund 400.000 €

Mehrausgaben durch Einführung einer Kompensationsumlage rd. 355.000 €

Mehrausgaben durch Erhöhung der Schulumlage durch den Main-Taunus-Kreis um 1,6 % Punkte rd. 388.000 €

Rund gerechnet sind das 1.143 Mio. €

Die Landesregierung bestimmt die Standards, die wir dann bezahlen müssen. So wurde u.a. beschlossen, dass die Feuerwehren landesweit mit neuen digitalen Funkgeräten ausgestattet werden müssen. - Dies schlägt mit 240.000 € in unserem Haushalt zu Buche.

Darüber hinaus trennt sich das Land von maroden Straßen. Kurz vor Weihnachten hat uns das Geschenk erreicht. - Zwei Straßen wurden umgewidmet und die Stadt muss zukünftig für deren Unterhalt aufkommen.

In der vergangenen Woche wurde bekannt gegeben, dass das Land Hessen ein Sofort-Sanierungsprogramm für Straßenreparaturen in Höhe von 100 Millionen aufgelegt hat. Man höre: davon sind 50 Millionen im Vorgriff auf den kommunalen Finanzausgleich 2012 – diese fehlen uns somit im kommenden Jahr. ... 20 Millionen sind für die Sanierung der Landesstraßen vorgesehen – das ist sowieso Aufgabe des Landes. Unterm Strich bleiben also von den 100 nur noch 30 Millionen übrig...

Auch auf Bundesebene werden von den Verantwortlichen der CDU und FDP kommunal-unfreundliche Beschlüsse gefasst: Die Steuererleichterung für Hoteliers bringt den Gästen keinen Vorteil, belastet aber die Kommunen weiter.

Ein großer Einnahmenposten der Stadt Hattersheim ist der Anteil an der Einkommensteuer. Der Gesetzgeber hat auch hier durch Steuererleichterungen unsere Einnahmen geschmälert. Wir liegen trotz gestiegener Einwohnerzahl im Jahre 2011 (11,6 Mio. €) auf dem Niveau von 2003.

Die von der Bundesregierung CDU/FDP geplante Abschaffung der Gewerbesteuer und das Vorhaben, dafür den Kommunen die Möglichkeit zu geben auf die Einkommenssteuer einen Hebesatz zu erlassen, würde einen neuen **Steuer-Wettlauf** unter den Kommunen auslösen.

Wir hoffen, dass hier die Vernunft siegt und im Interesse der Kommunen und somit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger entschieden wird.

Das Defizit in unserem Haushalt mit 8,5 Mio. € ist auch für uns keine leichte Kost.

Im Konsolidierungsausschuss haben aber weder CDU, FDP noch die Freien Wähler tiefgreifende Einsparvorschläge in die Beratung eingebracht.

Auf einige der von der Opposition gestellten Anträge zum Haushalt möchte ich nun im Einzelnen eingehen:

Die von der FDP geforderten Einsparungen bei den Sach- und Dienstleistungen auf das Niveau 2010 zurückzufahren, lässt mich glauben, dass sie hier Schabernack treiben? Seit Jahren treibt die FDP dieses Spiel und immer wieder versucht sie notwendige Gelder für Instandhaltungen aus dem Haushalt zu streichen. Denn genau hier stehen die Gelder für die Bauunterhaltungen der öffentlichen Gebäude, der Außenanlagen, Straßen, Wege, Brücken und Sportflächen.

Regelmäßig, beständig und auch pressewirksam werfen CDU und FDP der zuständigen Dezernentin vor, dass die Gebäude in üblem Zustand seien, gleichzeitig soll bei der Sanierung und Instandhaltung wieder einmal gekürzt, geschoben und gestrichen werden.

Liebe FDP, sie haben heute die Gelegenheit sich zu outen, welche Maßnahme aus Ihrer Sicht nicht notwendig ist. Lüften sie die Nebelschleier! Ich bin ganz gespannt.

Die CDU ist in diesem Jahr besonders ideenreich. Wo, weiß sie nicht, aber der Magistrat soll sich doch mal bei allen Produkten Gedanken

machen, wo 5 % eingespart werden können. Der Großteil des städtischen Haushaltes ist bestimmt von Pflichtaufgaben. - Die seit Jahren von der Verwaltung vorgelegte Liste der freiwilligen Leistungen hätte Ihnen wunderbar als Grundlage dienen können realistische Einsparvorschläge einzubringen. Es ist ein Unding, sich immer als oberster Sparer öffentlichkeitswirksam hinzustellen und dann keinen einzigen vernünftigen Beitrag dazu zu leisten. Benennen Sie doch Ihre Spar-Idee – oder scheuen sie die öffentliche Diskussion?

Der Antrag der CDU auf Rücknahme der Einnahme der Gewerbesteuer, zeigt von wenig Vertrauen in die Prognosen der CDU/FDP Bundesregierung. Mit Wirtschaftswachstum und mehr netto vom brutto für die Bürgerinnen und Bürger sind die beiden Parteien angetreten.

Also liebe CDU, glauben sie doch in diesem Punkt Frau Merkel und ihrem Kompetenzteam. Die im HH 2011 prognostizierten Gewerbesteuer- Einnahmen von 10 Mio. € basieren auf den Orientierungsdaten und sind für uns nachvollziehbar.

Die Förderung des Wirtschaftsstandortes Hattersheim wird von unserer Bürgermeisterin mit Nachdruck und großem Engagement betrieben.

Auch die Anträge von CDU und FDP zu Wiederbesetzungssperren wurden ausführlich in den Ausschüssen behandelt und wir sind sicher, dass der Magistrat, der dafür die Verantwortung trägt, mit den Stellenbesetzungen verantwortungsvoll umgeht.

Die Arbeit von Vereinen und Kirchen wird aus unserer Sicht hervorragend gefördert. Die kostenfreie Überlassung städtischer Räume ist bei den Nachbarkommunen längst keine Selbstverständlichkeit mehr. Bei der derzeitigen Haushaltslage sehen wir keinen Spielraum hier zusätzlich 10.000€ anzusetzen.

Vor allem aber die Arbeit der ehrenamtlichen Feuerwehrleute wollen wir würdigen und zusätzlich finanziell unterstützen. Die im Haushalt gezeigten 30.000€ machen dies deutlich.

Trotz angespannter Haushaltslage soll mit dem CDU-Antrag der ÖPNV mit zusätzlichen 120.000 € ausgestattet werden. Dass das denn doch etwas zu viel ist, begründet Herr Schindling mit einem Fehler. Der Kompromiss dafür 60.000 € im Haushalt einzustellen, wäre unserer Ansicht nach heute nicht notwendig gewesen. Die von der Bürgermeisterin angekündigte Arbeitsgruppe hätte zunächst den Bedarf ermitteln können, der dann im Nachtragshaushalt eingestellt werden könnte.

Insgesamt zeigt sich, dass der Opposition bei den freiwilligen Leistungen keine Einsparungsvorschläge eingefallen sind, aber beim Geldausgeben sind sie immer vorne dran.

Es ist bekannt, dass wir Grünen als einzige Fraktion geschlossen gegen den Bau der Westtangente sind. Die Positionen der übergeordneten (CDU- und FDP-geführten) Behörden wurden bereits in einer öffentlichen Ausschusssitzung von den Behördenvertretern vorgetragen.

Lassen mich an dieser Stelle noch mal deutlich machen:

Falls eine Planrechtfertigung gelingt, also nachweisbar eine deutliche Verkehrsentslastung durch den Bau einer Umgehungsstraße eintritt, muss immer noch die umweltverträglichste Variante umgesetzt werden. Das heißt, dass der Straßenverlauf entlang der Wohnbebauung geführt werden muss. Auch Sie können doch diese Vorgabe nicht ignorieren. Wer von Ihnen will die Diskussion mit den Bewohnerinnen und Bewohner Am See und der Märchensiedlung führen. Liebe Herren der FDP, hier helfen auch Ihre Unterschriftensammlungen nicht das Problem zu lösen.

Nach unserer Ansicht wird die seit 30 Jahren geplante Strasse ebenso ein Ende erfahren, wie die B8 in Kelkheim, die B519 (neu) in Flörsheim und die B40 (neu) in Hochheim. Straßenbauprojekt der 70er Jahre finden heute keine Mehrheiten mehr - bei den Bürgerinnen und Bürger im dicht besiedelten Ballungsraum.

Zumal auch die vorliegenden Untersuchungen gezeigt haben, dass durch den Bau der Straße zwar eine deutliche Entlastung des alten Ortskerns in Okriftel, aber gleichzeitig eine Mehrbelastung der Bahnhofstrasse in Eddersheim sowie der Rossertstraße in Okriftel erfolgt.

Also Verkehrsverlagerung. ---- Lassen Sie uns endlich über Alternativen nachdenken, um die Belastungen der betroffenen Anwohner zu reduzieren.

Loben möchte ich an dieser Stelle die Bereitschaft eines an der Rheinstraße ansässigen Betriebes, der durch Fahrerschulung und Umsetzung Lärm mindernder Maßnahmen an den Fahrzeugen - - einen ersten, kleinen Schritt in die richtige Richtung gegangen ist.

Wie bereits in vergangenen Jahren haben wir Grüne deshalb die Streichung bei der Entlastungsstraße West von 150.000 € in der Ausschusssrunde zu Protokoll gebracht.

Nun zum Investitionshalt:

Eingestellt wurden für den neuen Kindergarten Süd 3 Millionen €, wovon in diesem Jahr eine Million € für den Grunderwerb zum tragen kommt. Auch die Schaffung neuer Krippenplätze wird mit einem Betrag von 590.000 € unterstützt.

Uns ist wichtig das Geld in die Hand zu nehmen, um in einer Zeit ständig veränderter Berufsanforderungen an die Eltern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Hierbei muss aber auch auf die pädagogische Qualität geachtet werden, auf die Bezahlbarkeit der Plätze und auf flexible Öffnungszeiten.

Wir stellen uns gerne dieser Aufgabe, erwarten allerdings von Land und Bund eine gerechte finanzielle Unterstützung.

Auch die Jugendarbeit hat für uns einen hohen Stellenwert. Deshalb hatten wir im Stadtparlament beantragt, besonders - aber nicht nur - in den Stadtteilen verstärkt auf aufsuchende Jugendarbeit zu setzen. Die BASA-Studie wird uns als Grundlage dienen neue Ideen in der Jugendarbeit zu diskutieren.

In diesem Zusammenhang ist auch das Engagement der Stadt an der Beteiligung der Kosten für die Schulsozialarbeit zu erwähnen. Bildung und Förderung der jungen Menschen von Anfang an ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen und muss allen Menschen unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialem Status der Eltern zugänglich sein.

Die Diskussionen um ein neues Rathaus oder die Sanierung der Stadthalle müssen sich an der Finanzierbarkeit orientieren. Aber nicht nur die reinen Baukosten, sondern auch die Folgekosten müssen wir im Blick behalten. Mit Antje Köster wollen wir die Idee einer intensiveren Bürgerbeteiligung tragen. Wir finden es gerade bei der Umsetzung kostenintensiver Vorhaben wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger die politischen Entscheidungsprozesse mit beeinflussen können.

Bürgerbeteiligung und Runde Tische - hier möchte ich beispielhaft die „Soziale Stadt“ nennen. Sozialpolitiker von Land und Bund bescheinigen uns eine vorbildliche Umsetzung des Programms. Caritas, Hawobau und Stadt haben gemeinsam mit den Aktiven des Runden Tisches bereits vieles umgesetzt und auf den Weg gebracht.

Wir setzen uns für die Weiterführung des Projektes ein, auch nach Auslauf des aktuellen Förderprogramms. Hierzu haben wir mit unseren Koalitionspartnern im vergangenen Jahr einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Dient ein Stadtmuseum der Daseinsvorsorge oder gehört dies in die Liste der freiwilligen Leistungen? Natürlich kann man trefflich darüber streiten, ob ein Stadtmuseum ein sogenannter „weicher Standortfaktor“ ist. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass der Zuschuss zum Museum auf jährlich 25.000 € begrenzt wird. Aber auch diese Summe muss von uns finanziert werden. Wir werden uns ganz entschieden dafür einsetzen, dass die Kosten in dem vereinbarten Rahmen bleiben.

Im letzten Jahr hatten wir trotz angespannter Finanzlage das Konjunkturprogramm dazu genutzt vor allem in die energetische Sanierung unserer Gebäude zu investieren:

Die beiden Kindertagesstätten in Okriftel, das Haus der Vereine, das Begegnungszentrum in Eddersheim und das Planschbecken im Schwimmbad wurden mit diesen Fördermitteln saniert. Darüber hinaus haben wir den TVO bei seinem Hallenanbau unterstützt.

Aber auch zukünftig müssen wir Geld in die Hand nehmen um unsere Gebäude instand zu halten. Dass die FDP die hierfür notwendigen Mittel wieder einmal streichen möchte hatte ich eingangs ja bereits erwähnt.

Zu den nachhaltigen Investitionen zählen auch die Photovoltaikanlagen. Die stadteigenen auf der Sporthalle Karl-Eckel Weg und der Kita Kleine Feldstraße, aber auch die Bürgersolaranlage auf dem Feuerwehrgerätehaus und die Anlage unseres Stromversorgers Naturstrom auf dem Dach der Kita Johann-Sebastian-Bach-Straße.

Im Dezember eröffnete die Stadt Hattersheim gemeinsam mit der Mainova die erste Stromtankstelle am Posthofparkplatz, die ausschließlich mit Ökostrom betrieben wird. Heute wurde eine weitere Ladesäule - diesmal von der Süwag - vor dem Hattersheimer Rathaus in Betrieb genommen. Auch Elektroautos halten Einzug und ermöglichen umweltfreundliche und kostengünstige Mobilität für die Rathausmitarbeiter. Klimaschutz ist eines der erklärten Ziele unserer Ersten Stadträtin, Karin Schnick. Die Senkung des CO₂ Ausstoßes ist nicht nur Ziel in Hattersheim, sondern wird auch von der EU eingefordert und ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit.

Frankfurt hat mit dem Einsatz von 5 Hybridbussen in dieser Woche gezeigt, dass sie in der Modellregion Rhein-Main Vorreiter ist. Ich würde mir wünschen, dass auch der Main-Taunus-Kreis sich in dieser Hinsicht bewegt und mit dem RMV und einige seiner Busse zur Schadstoffentlastung in der Region beitragen würde.

Der Klimawandel ist das gravierendste und drängendste globale Umweltproblem. Die steigenden Treibhausgase aus Verkehr, Industrie, Hausbrand und Energiewirtschaft verursachen bereits heute weltweit Katastrophen mit Schäden in Milliardenhöhe.

Wir werden auch zukünftig auf nachhaltigen, sorgsamem Umgang mit den Ressourcen sowohl bei finanziellen als auch ökologischen Belangen achten. Hierzu gehören:

Eine intakte Umwelt, eine gute öffentliche Infrastruktur, gut ausgestattete Erziehungs- und Bildungseinrichtungen, Chancengerechtigkeit und ein gerechter sozialer Ausgleich.

Wir orientieren uns an unserem Leitbild einer familienfreundlichen, ökologischen und sozialen Stadt, damit Hattersheim auch weiterhin für ihre Bürger und Bürgerinnen lebenswert und liebenswert bleibt.

Wir werden den HH 2011 beschließen – aber wir haben noch viel Arbeit vor uns.

Und noch eines – wir brauchen nachts Ruhe – und dazu gehört ein uneingeschränktes Nachtflugverbot – Kein Ausbau ohne Nachtflugverbot, so seinerzeit der hessische Ministerpräsident, Roland Koch. Es gilt das gesprochene Wort!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!